

Abenteurervolk, das aus dem ganzen Land alle Deklassierten, alle Konfusen, alle Gewalttätigen, alle Naturen, die in der Entfaltung steckenblieben, an sich zieht und seine geschichtliche Mission in die Welt schreit: Wir retten die Nation, wir retten das Bürgertum, wir retten auch die Arbeiterklasse. Gebt uns nur die Gewalt in die Hand, die Gewalt ist alles.

Es ist ein wahrer Glücksfall für Österreich, daß der Versuch Seipels und Vaugoins diese Wahlen von ungemein aufklärender Wirkung herbeigeführt hat. Es scheint, daß die Christlichsoziale Partei geheilt ist; ihr rechter Flügel hat eine schwere Niederlage erlitten, und die demokratische Mehrheit ist daran das Tischtuch zu zerschneiden. Ein beträchtlicher Teil der Bürger und Bauern hat das so kunstreich gefaltete Fangnetz des Antimarxismus zerrissen und sieht die Sozialdemokratie richtiger und gerechter an, die Arbeiterklasse hat ihre Stärke vollständig behauptet, und die Waffensuche hat ihr keinen fühlbaren Eintrag zu tun vermocht. Die Heimwehrebewegung ist selbst durch die Hitlerei zerfressen, ihr monarchistischer, konservativer Teil und die große Zahl der Mitläufer rücken von dem Hitlerschen Zentrum ab. Was übrig bleibt, ist reines Hitlertum. Wir bekommen eine gestärkte Nationalsozialistische Partei, aber schon diese ihre Wurzel zeigt an, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Der Diktaturgedanke hat in Österreich seine Anziehungskraft, seinen Nimbus und seine Zugkraft eingebüßt. Was er, sofern er jetzt losschläge, bewirken könnte, ist nicht ein Staatsstreich zu seinen Gunsten sondern eine Sizilianische Vesper zu seinem Ende.

Mit ihm zugleich hat die Bürgerblockidee einen tödlichen Schlag erhalten. Man wird versuchen sie noch einige Zeit zu galvanisieren, aber auch dieser Versuch wird kurz sein. Österreich geht einer neuen, andern, wenn auch immer noch überaus schwierigen Entwicklung entgegen. Über sie zu sprechen wird Zeit sein, wenn sich ihre Ansätze gestalten. Was immer sie bringen mag, sie wird beweisen, daß ein heutiger Industriestaat auf die Dauer nicht gegen und nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann.

LUDWIG QUESSEL · REPARATIONSKRIEG UND YOUNGREVISION

MIT 3,3 Millionen Arbeitsuchenden hat die Deutsche Republik am 9. November den Tag ihrer Entstehung feiern müssen, und deren Zahl dürfte im Winter auf 4,2 Millionen steigen. In den 12 Jahren, die seit dem Novemberumsturz vergangen sind, hat das deutsche Volk nur eine Revolutionsfeier zu verzeichnen gehabt, die sich unter noch trüberen und sorgenvolleren Anzeichen vollzog als die diesjährige. Das war die Revolutionsfeier von 1923, die im Zeichen des abgebrochenen Ruhrkampfes und furchtbarer Inflation stattfand.

Trübe und hoffnungslos schien damals der ganzen Welt die Zukunft der Deutschen Republik. Von den 12 Millionen Einwohnern des alt- und neubesetzten Gebiets lebte der weitaus größte Teil direkt oder indirekt aus Staatsmitteln, die ausschließlich durch die Notenpresse aufgebracht wurden. In den nicht-besetzten Gebieten des Reichs brachte die Inflation zahlreiche Unternehmungen, die für den innern Markt arbeiteten, zum Erliegen. So unheilvoll griffen Vollerwerbslosigkeit und Kurzarbeit auch im nichtbesetzten Gebiet um sich,

daß die Arbeiterklasse und der enteignete Mittelstand unruhig wurden, und es in einer Reihe von Städten zu Marktkrawallen und zum Sturm auf die Bäckerläden kam. Man drückt nur den nüchternen Sachverhalt aus, wenn man sagt, daß es schon im September 1923 fast überall in Deutschland gährte wie am Vorabend einer sozialen Revolution. 2 Tage nach der vom Reichskanzler Gustav Stresemann angeordneten Einstellung des Ruhrkampfes ging dann im Westen und im Osten der Tanz gleichzeitig los. Am 1. Oktober 1923 brach im Rheinland der sogenannte Separatistenaufruch aus, der in Düsseldorf zu einer blutigen Straßenschlacht führte. Und am selben Tag sammelte im Zeughof Küstrins der ehemalige Major Ernst Buchrucker bewaffnete junge Leute und versuchte durch Überrumpfung der Festung die Gleichgesinnten im ganzen Land zum Losschlagen zu veranlassen. Unter dem Eindruck des Küstriner Putsches forderte am 2. Oktober 1923 die Deutsche Volkspartei in einem Ultimatum an die Reichsregierung die Einsetzung eines Direktoriums mit diktatorischer Gewalt sowie die Aufhebung des Achtstundentags, was 2 Tage später zum Rücktritt des Reichskabinetts Stresemann führte, das jedoch, von der Sozialdemokratie tatkräftig unterstützt, schon am 6. Oktober in anderer Zusammensetzung neu erstand. Unterdessen schritt die Inflation (6. Oktober : 1 Dollar = 1 Milliarde Mark) stürmisch fort, so daß Beruhigung nirgends aufkommen konnte. Und als am 9. November 1923 die Republikaner zur Revolutionsfeier zusammentraten, fand in München der Straßenkampf zwischen Nationalsozialisten und Landespolizei statt, bei dem Adolf Hitler und Erich Ludendorff gefangen genommen wurden. Dem tiefen Sturz Deutschlands in den Abgrund der Inflation (23. November : 1 Dollar = 4,2 Billionen Mark) folgte dann am 15. Dezember zum Erstaunen der Welt durch rigorose Sparpolitik, Stilllegung der Notenpresse (Hans Luther) und Rückkehr zur Erfüllungspolitik die überraschende Erhebung Deutschlands aus Not und Pein, die die Welt alsbald mit der Überschrift Das Wunder der Rentenmark in die Bücher der Geschichte eintrug.



LEHRREICHER und bedeutungsvoller als die Rückkehr zur Erfüllungspolitik Ende 1923 ist für die Gegenwart vielleicht die Abkehr von ihr, die sich im Jahr 1922 vollzog. Die Deutschnationale Volkspartei, die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei standen wie heute in der gegen Frankreich gerichteten Propaganda der Nichterfüllung zusammen. Einen Revisionsplan hatte keine der 3 Parteien, aber man war wohl überzeugt bei reiner und einfacher Nichterfüllung eines Plans auch nicht zu bedürfen. Zunächst freilich lief beim Nichterfüllen alles ganz gut ab. In 2 jähren Abstürzen setzte auf deutsche Gesuche um Moratorien die Gegenseite die Summe der Barleistungen von 2000 Millionen Goldmark auf 720 und von 720 Millionen Goldmark auf 0 Goldmark herab. Bei den Sachleistungen zeigte Frankreich noch ein besonderes, ganz unerwartetes Entgegenkommen, indem es von 950 Millionen Goldmark Sachleistungen nur solche im Wert von 250 Millionen Goldmark anforderte. Trotzdem wurde die 0 bei den Barleistungen im Jahr 1922 Deutschlands Verhängnis. Sie weckte die Begierde nach weiteren Reparationsnullen, und zwar auch bei den Sachleistungen, wenigstens Frankreich gegenüber. Am 14. November 1922 begann die abenteuerliche Jagd des Reichskabinetts Cuno nach der Null. In dem Moratoriumsgesuch, das dieses Datum trägt, erbot sich Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 0 Goldmark in

bar und in Sachen so viel zu leisten, wie sich aus den Überschüssen des Reichshaushalts bestreiten lassen würde. Da die Summe der Besitzsteuern, die Deutschland neben der nicht erhobenen und doch gezahlten Inflationssteuer vereinnahmte, ganze 250 Millionen Goldmark betrug, so ergab sich auch bei den Sachleistungen, zu denen sich Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 erbot, bei näherer Prüfung gleichfalls 0.

So komisch die Jagd nach der Reparationsnull sich anbahnte, so tragisch endete sie. Das deutsche Angebot vom 14. November 1922 (Moratoriumsgesuch) in den Jahren 1922 und 1923 in bar überhaupt nichts zu zahlen und Sachen nur so weit zu liefern als sich hierfür Überschüsse des Reichshaushalts ergäben, brachte Italien schnell an die Seite Frankreichs und Belgiens. Englands Isolierung in der Reparationskommission offenbarte sich, als Deutschlands Verfehlungen gegenüber Frankreich bei den Sachleistungen festgestellt wurden. Sachlieferungen im Wert von 950 Millionen Goldmark standen Frankreich zu, auf 700 Millionen Goldmark hatte es verzichtet, von den verbleibenden 250 Millionen Goldmark hatte Deutschland aber nur 150 Millionen durch Lieferungen abgegolten. Mit 100 Millionen Goldmark war Deutschland im Verzug geblieben, ohne auch nur die Geste zu machen Ersatz in Devisen dafür anzubieten. Bei Stimmenthaltung Englands, das sich von der Ruhrbesetzung große Gewinne für seine Industrie versprach, konstatierte die Reparationskommission die Böswilligkeit Deutschlands. Nur ein schnelles Abrücken von dem Nullangebot vom 14. November konnte die Ruhrbesetzung nunmehr noch verhindern. Dazu entschloß man sich jedoch nicht. Im Gegenteil. Eine Lawine entrüsteter Leitartikel wälzte sich gegen Frankreich, weil es seinen Anspruch auf Sachlieferungen nur um 700 Millionen Goldmark und nicht gleich wie bei den Barleistungen auf 0 Goldmark herabgesetzt hatte. Mochte ein Verzicht Frankreichs auch noch so gewaltig sein: wenn er nicht bis zur Null kam, fand er keine Gnade vor dem deutschen Bürger.

Verhängnisvoll wirkte sich Deutschlands phantastische Jagd nach der Reparationsnull in Wirtschaft und Finanzen aus. Als das Halali zur Jagd auf die Null von Reichstag und Presse geblasen wurde, war die deutsche Industrie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, obwohl sie längst gelernt hatte Weltmarktpreise zu nehmen und in Gold zu fakturieren. Demgemäß belief sich die Zahl der Vollerwerbslosen auf 42 000. Als die Jäger von der Pirsch zurückkehrten, fanden sie 3 450 000 Vollerwerbslose vor. Gigantisch war auch der finanzielle Aderlaß, den unterdessen das deutsche Volk erleiden mußte. Minimal 13, maximal 20 Milliarden Goldmark wurden während der Ruhrkriegsmonate dem deutschen Volk durch die Inflation weggesteuert. Wie die Mordmaschinen der Inflationsbesteuerung arbeiteten, zeigt das Emporschnellen des Dollarkurses von 7200 Mark auf 4,2 Billionen Mark. Wie England über das, was in Deutschland vorging, dachte, hat Lord d'Abernon, damals britischer Botschafter in Berlin, zum Ausdruck gebracht, als er am 20. August 1923 seine Meinung in diesen lapidaren Sätzen zusammenfaßte: »Es ist wohl kaum eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die für die Finanzpolitik Verantwortlichen Selbstmord begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken. Es scheint fast unmöglich auf eine Erholung des Landes zu hoffen, in dem solche Dinge vorkommen können. Man hofft sicherlich vergeblich, solange nicht die Macht den Händen der Wahnsinnigen, die heute die Finanzpolitik leiten, entrissen wird und entweder in die Hände von ausländischen Sachverständigen oder einer internationalen Kommission mit nüchternen und vernünftigen Ideen gelegt werden kann.«

MIT dem Jahr 1922, das uns die Abkehr von der Erfüllungspolitik brachte, hat die gegenwärtige Lage insoweit eine gewisse Übereinstimmung, als die Stimmung »Selbstmord zu begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken,« wieder weite Kreise gezogen hat. Adolf Hitler, Ernst Thälmann, Alfred Hugenberg sind für Einstellung der Reparationen pur et simple. Der Reichskanzler spricht in einem Interview im Petit Parisien so, als kenne er im Grunde nur *einen* Reparationsgläubiger Deutschlands: Frankreich. Daß Heinrich Brüning Frankreich als den »Hauptgläubiger« bezeichnet, ist gewiß rein formal richtig. Die Dinge liegen aber doch so, daß der größere Teil der Reparationszahlungen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zwar a conto Frankreichs verbucht wird, nichtsdestoweniger aber $\frac{2}{3}$ davon nach Amerika gehen. Daraus folgt, daß wir unsere Front gegen Amerika, nicht gegen Frankreich zu richten haben. Hjalmar Schachts Propaganda für eine Revision des Youngplans in Amerika ist, so gesehen, an der richtigen Stelle entfaltet worden (wenn sie von ihm auch ganz anders gemeint ist). Auch die Besprechungen in Washington, auf die Léon Blum im Populaire vom 23. Oktober 1930 in den nachstehenden, vom Rheinischen Beobachter wiedergegebenen Äußerungen Bezug nimmt, sind dort erfolgt, wo die Entscheidung fallen muß:

»Die Besprechungen von Washington erinnern uns zur rechten Zeit daran, daß keine Mark von der bedingten Jahresrate in die französische Kasse geht. Die Summe wird voll und ganz eingestrichen durch die Internationale Bank, die sie zur Tilgung der englisch-französischen Kriegsschuld an Amerika bucht. Nehmen wir an, daß Deutschland aus irgendeinem Grund auf irgendeine Weise die Zahlungen an die Bank einstellt; die Bank wird dann mit den Anweisungen nach Amerika aufhören, weiter nichts. Unsere eigene Lage würde keine Änderung erleiden; unsere Interessen würden in keiner Weise verletzt. Nach der offenkundigen Absicht der Väter des Youngplans und auch des französischen Parlaments bei der Ratifizierung des Mellon-Béranger-Pakts könnte es keinem Menschen einfallen Amerika weiter zu bezahlen an Stelle eines versagenden oder zahlungsunwilligen Deutschlands. So haben in der Tat die Vereinigten Staaten allein ein Interesse an der Frage; deshalb werden die Besprechungen über ein Moratorium nicht in London oder in Paris sondern in Washington eingeleitet.«

Wie Léon Blum sagt auch Jules Sauerwein, daß die Meinung, Deutschland besitze wie 1922 noch die Macht einseitig gegen Frankreich Nichterfüllungspolitik zu treiben, falsch sei. Ein Bericht des Europäischen Pressebureaus, der am 11. November aus Paris kam, faßt dessen Ansichten zusammen:

»Unter dem Titel Deutschland und die Reparationen bringt Jules Sauerwein heute im *Matin* einen Artikel, in dem er vor allem die französische Öffentlichkeit zu beruhigen sucht und schreibt, da die Möglichkeiten einer Revision bei dem gegenwärtigen Zustand der Öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten noch nicht bestünden, so seien die Nachteile bei Errichtung eines Moratoriums auf seiten Deutschlands. Frankreich treffe kein Verlust, denn das Konsultativkomitee des Youngplans, das die Gewährung eines Moratoriums zu prüfen habe, könnte heute nur die Anarchie der deutschen Finanzen feststellen. Wie wolle die deutsche Regierung beweisen, daß die Goldmark und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den Transfer der Reparationszahlungen bedroht seien? Die 3 äußeren Anleihen, die Deutschland seit Beginn des Jahres erhalten habe, stellten mehr internationale Zahlungsmittel dar als Deutschland für mehrere Annuitäten an Reparationen zu bezahlen habe. Deutschland könne auch nicht die Steuerlasten, die auf seinen Bürgern ruhten, als Grund für die Gewährung eines Moratoriums angeben, denn die Tilgung der innern und äußern Schuld würde im deutschen Budget 20 bis 25%, im französischen aber 45 bis 50% und im englischen gar 55 bis 60% ausmachen. Das Konsultativkomitee werde also die Gründe Deutschlands sehr schlecht beurteilen und eine Wiederaufrichtung der Finanzkontrolle beantragen. Diese sei aber eine Gefahr, die in Verbindung mit der Kapitalflucht die deutsche Regierung nachdenklich stimmen müßte.«

Kein Zweifel, diejenigen Parteien in Deutschland, die glauben über die Institutionen des durch die Haager Abkommen 1930 geschaffenen neuen Reparationsrechts nach der Manier von 1922 zur Tagesordnung übergehen und damit den Beifall der angelsächsischen Regierungen finden zu können, geben sich Wahnideen hin. Wie man die Dinge in Washington sieht, zeigt ein Telegramm der Frankfurter Zeitung vom 7. November 1930, aus dem hervorgeht, daß von Amerika, wenn nicht ein gesamteuropäischer Vorstoß erfolgt, für eine Erleichterung der deutschen Reparationslasten wenig zu erwarten ist:

»Hinsichtlich der Reparations- und Schuldenpolitik der Vereinigten Staaten ist anzunehmen, daß auch hierin in der nächsten Zeit kaum ein Wandel eintreten wird. Solange die Wirtschaftskrise andauert, werden sich auch die Demokraten schon mit Rücksicht auf ihre Wähler wohl davor hüten einer Revision das Wort zu reden, die der amerikanische Steuerzahler am eigenen Beutel fühlen müßte.«

Wie bei den Staatsmännern und Parlamentariern so ist auch bei den Finanzsachverständigen Amerikas allgemein tiefgehende Abneigung vorhanden die Berechtigung eines deutschen Zahlungsaufschubs anzuerkennen, dessen Kosten ja Washington tragen müßte. Lehrreich ist in dieser Beziehung der nachstehende telegraphische Bericht, den die Kölnische Zeitung aus New York erhielt, und den sie am 16. November abdruckte:

»Die Verhandlungen über den Neuen Plan in der Akademie für Politische Wissenschaften förderten wenig zutage, was Hoffnung auf ein besseres Verständnis und ein entsprechendes Handeln wecken könnte. Man hatte den Eindruck eines Kollegiums von Leichenbeschauern, die ein post mortem berieten und als Ursache ein *Selbstverschulden* feststellten, das durch überreichliche Ausgaben und sorgloses Borgen hervorgerufen sei. Ein Antrag Deutschlands auf einen Zahlungsaufschub wurde ziemlich allgemein für ausgeschlossen gehalten, wegen der Kreditfolgen, die er für die deutsche Wirtschaft haben müsse. Ein Redner meinte sogar, Reparationszahlungen könnten durch *Gewaltanwendung* erzwungen werden.«

Was die hier angeführte »Gewaltanwendung« betrifft, so sei bemerkt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stets und mit Selbstverständlichkeit an der völkerrechtlichen Lehre festgehalten hat, daß böswillige Zahlungseinstellungen eines Schuldnerstaates dem Gläubigerstaat das Recht zu Sanktionen geben. Washington erkennt ein Sanktionsrecht Englands, Frankreichs und Italiens gegenüber Deutschland durchaus an, wenn dieses mit seinen Zahlungen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich böswillig in Verzug geraten sollte. Mit einem Verzicht auf Sanktionen gegen Deutschland zum Schaden Amerikas von seiten seiner europäischen Schuldnerstaaten würde sich Washington keineswegs abfinden.

Erwähnung und starke Beachtung verdient auch, was Peter Reinhold über die Institutionen des neuen Reparationsrechts in der Vossischen Zeitung vom 26. Oktober 1930 ausgeführt hat. Reinhold zeigt uns, daß die Dinge bei einer Revision des Youngplans doch ganz anders laufen würden als die Verhandlungen von 1922 und selbst als die bei der Aufhebung des Dawesplans 1930:

»Er [der Youngplan] setzt bekanntlich in erster Linie ungeschützte Annuitäten fest, zu deren Zahlung sich Deutschland vorbehaltlos und endgültig verpflichtet hat. Dieser unantastbare Teil unserer Reparationsverpflichtungen beträgt zunächst, außer gewissen Nebenleistungen, 660 Millionen jährlich. Außer diesen ungeschützten Annuitäten aber sind weitere Zahlungen zu leisten, die im Durchschnitt der Jahre 1930 bis 1966 etwa 1½ Milliarden betragen. Für diese Zahlungen steht Deutschland das Recht zu auf Grund einer 90tägigen Voranzeige ihre Übertragung in ausländische Währung um höchstens 2 Jahre aufzuschieben und unter Umständen auch für 1 Jahr die Abführung der Beträge in Reichsmark zur Hälfte einzustellen. Bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist ein beratender Sonderausschuß vorgesehen, der im Falle eines solchen Zahlungsaufschubs durch

Deutschland sofort einzuberufen ist, der aber auch dann zusammenzutreten hat, wenn, wie es im Pariser Sachverständigengutachten heißt, »zu irgendwelcher Zeit die deutsche Regierung den Regierungen der Gläubigerländer und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erklärt, sie sei in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnte«. Dieser Sonderausschuß soll »in eine gründliche Prüfung der Lage Deutschlands hinsichtlich der in diesem Plan ihm obliegenden Verpflichtungen eintreten«, er kann Beschlüsse fassen, von denen lediglich die von Deutschland angenommenen ungeschützten Annuitäten nicht betroffen werden dürfen: Im übrigen ist er in seinen Entscheidungen völlig frei, doch sollen seine Beschlüsse »erst dann bindende Kraft erlangen, wenn sie von der Bank als Treuhänderin der Gläubiger und nötigenfalls von den beteiligten Regierungen bestätigt und angenommen sind.«

Man bringe mit den Ausführungen Peter Reinholds in Verbindung, was Jules Sauerwein über die voraussichtliche Entscheidung des Konsultativkomitees (das Reinhold als den »beratenden Sonderausschuß« der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bezeichnet) anführt, und man wird erkennen, daß die Abkommen Amerikas mit seinen europäischen Schuldnerstaaten de facto das ganze Reparationsproblem seit dem Ruhrkrieg auf eine neue Basis gestellt haben. Deutschland kann heute nicht mehr einseitig Nichterfüllungspolitik gegenüber Frankreich treiben, wenn manche dies auch noch so gern möchten. Jeder Schlag, den es gegen Frankreich führt, trifft Amerika.



ERLEICHTERUNG seiner Zahlungsverpflichtungen kann Deutschland daher auch nur von den Vereinigten Staaten von Amerika erwarten. Wer von der Notwendigkeit der Youngrevision oder gar der Aufhebung des Youngplans deklamiert, ohne Amerika zu erwähnen, verdunkelt, bewußt oder unbewußt, den Tatbestand,

treibt das deutsche Volk in die Sackgasse einer neuen, katastrophalen Enttäuschung. Im übrigen bleibt, vom moralischen Standpunkt aus gesehen, wahr, was Felix Stössinger in der Weltbühne vom 11. November 1930 schreibt:

»Wie stets seit 1918 kennt das politische Wollen Deutschlands nur eine entschiedene Orientierung, die gegen Frankreich. Für alle Gruppen, die in Deutschland politisch denken, von Hitler über Thomas Mann bis Torgler, ist Frankreich der Duellgegner schlechthin. Diese Tatsache ist erschütternd. Solange sie besteht, hat Deutschland keine Aussicht sein Recht auf Leben und Freiheit zu erwerben. Denn darüber können auch wir keinen Zweifel offen lassen: Nicht 17, sondern 35 Millionen Deutsche und alle Stimmberechtigten Europas sollen gegen den Youngplan stimmen. Sie alle sollen jene Youngrevision fordern, die allerdings gerade der Youngplan zum erstenmal offiziell fixiert hat: die Streichung der Kriegsschulden Europas an Amerika. Daß 3 europäische Generationen bis zum 31. März 1988 schufteten sollen, um die Rechnungen der amerikanischen Kriegsgewinnler zu bezahlen, um die Rechnungen zu begleichen für die Uniformen, in denen Amerikas Verbündete für die gemeinsame Sache verblutet sind, diese Forderung allein ist eine welthistorische Schamlosigkeit. Die Aufgabe der Youngrevision ist es gegen diesen Teil des Neuen Plans, der mehr als 70% aller Zahlungen umfaßt, die Parteien aller europäischen Parlamente zu einigen. Wer diese Youngrevision verhindert, macht sich der Versklavung Deutschlands und Europas an amerikanische "Börsenfürsten" schuldig.«

Die hier von Stössinger geforderte Youngrevision kann aber nach dem neuen Reparationsrecht, das Deutschland vor 9 Monaten den 17 stärksten Mächten der Welt gegenüber feierlich anerkannt hat, nicht mehr einseitig eine deutsche, sondern sie muß eine europäische sein. Insoweit hat der Youngplan, völkerrechtlich und historisch, allerdings eine Grenzscheide gezogen, die sich durch Agitationsparolen nicht mehr verwischen läßt.

